

Liebe Kolleginnen und Kollegen!



Anlässlich des 1. Jahrestages der Organisationsstrukturreform übermitteln wir Ihnen/Dir das aktuelle Interview unseres Fraktions- vorsitzenden Peter Rosegger mit Landesamtsdirektor Mag. Helmut Hirt zum Thema Aufgabenreduktion

ROSEGGER: 66% der Aufgabenkritik sind schon erledigt! Einsparungen von 190 Mio. werden erreicht werden. Was passiert mit den offenen 1000 Mio. des Projekts „Aufgabenkritik“?

HIRT: Das Projekt Aufgabenkritik stand am Beginn der Verwaltungsreform, das gesamte Leistungsspektrum wurde systematisch nach Veränderungsmöglichkeiten durchforstet. Jede Abteilung musste jene Leistungen nennen, die bei erheblichen Einsparungen – minus 25% - nicht mehr angeboten werden könnten. So ergab sich eine wertvolle Entscheidungsgrundlage – direkt von den verantwortlichen Führungskräften an die zuständige Politik.

Im Zuge des Prozesses erkannte man deutlich, dass Personaleinsparungen nur einen kleinen Teil einer Budgetsanierung ausmachen können, und, dass nachhaltiges Sparen ohne Aufgabenreduktion nicht funktionieren kann.

Wir sind stolz, dass die von unseren Führungskräften entwickelten Veränderungsvorschläge so realistisch waren, dass bereits rund 2/3 umgesetzt wurden. Ob und welche weiteren großen Brocken angegangen werden, kann ihnen nur die Politik beantworten. Die Verwaltung muss die Möglichkeiten aufzeigen – und sie muss darauf hinweisen, mit welchen zum Teil kritischen Konsequenzen bei Einsparungen und Aufgabenveränderungen zu rechnen ist.

ROSEGGER: Was bedeutet der 66%ige Umsetzungsgrad aller in der Aufgabenkritik erarbeiteten Veränderungsoptionen? Was wurde bisher umgesetzt?

HIRT: Große Veränderungen gab es immer bei den Budgetplanungen, denken Sie an die umfassenden Reduktionen im Förderungsbereich. Dass es dadurch automatisch zu Entlastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommt, ist damit allerdings nicht gesagt. Hier sind die Führungskräfte gefordert, die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen. Auch wird man die Politik immer wieder daran

erinnern, dass sich ein professioneller Dienstleister auf seine Kernaufgaben konzentrieren muss. Ein Nachschärfen der politischen Aufträge kann da oder dort erforderlich sein. Ein weiteres Beispiel sind die Veränderungen im Kraftfahrtdienst. Hier konnten die notwendigen Einsparungen erfolgen, und gleichzeitig wurden für die betroffenen Mitarbeiter gute Möglichkeiten der Weiterentwicklung gefunden.

ROSEGGER: Seit Anfang 2011 - Start der Verwaltungsreform - wurden bereits rund 600 Dienstposten abgebaut. Welche Aufgaben wurden seither konkret reduziert? Welche Aufgaben sind für die Landesbediensteten effektiv weggefallen?



HIRT: Lassen Sie mich das anhand der Organisationsreform beantworten. Sie hat das Ziel, die Kompetenzen und Aufgaben zu bündeln und mittelfristig alle Betroffenen zu entlasten. Beispielsweise wurden alle Systemleistungen auf Abteilungsebene zusammengefasst – und sind an vielen anderen Stellen weggefallen. Dass sich etablierte Systeme nicht über Nacht ändern lassen, war jedem Beteiligten klar.

Hier muss der Organisation und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die nötige Zeit gegeben werden.

Dass Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung notwendig sind, wird von wenigen bestritten. Sehen wir die Verwaltungsreform daher als notwendigen ersten Schritt der Veränderung – als Stellen einer Weiche. Mit dem Wissen, dass in vielen Fällen die gewünschten Effekte erst mittelfristig eintreten werden.

ROSEGGER: Kann es auch sein, dass dieser Dienstpostenabbau von 600 Stellen zu Doppel- und Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen führt?

HIRT: Gleicher Output, der mit weniger Personal erreicht wird, nennt man technokratisch kühl „Effizienzsteigerung“. Wir aber wissen, dass Menschen hinter jeder Personaleinsparung



stehen. Menschen, die gottseidank nicht von Kündigung betroffen sind, aber Menschen, die mehr Aufgaben übernehmen müssen oder die aus gewohnten Arbeitsumgebungen gerissen werden. Eine zentrale Aufgabe unserer Führungskräfte ist es daher, die Arbeit optimal zu verteilen und wenn nötig Veränderungen einzuleiten.

ROSEGGER: Gibt es für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen dann auch die Möglichkeit, diese Mehrbelastung in Form von Zeitausgleich - z. B. mehr Gleittage pro Jahr - auszugleichen und sind durch Verwaltungssystemoptimierung/-straffung auch besoldungsrechtliche Verbesserungen vorgesehen?

HIRT: Grundprinzip soll sein, mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen auszukommen. Deshalb ist es so wichtig, auf die Verteilung der Arbeit in der jeweiligen Einheit zu achten. Eine permanente Mehrbelastung einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann nicht akzeptiert werden, hier müssen andere Mechanismen greifen. Verbesserungen in der Besoldung sind selbstverständlich, wenn es zu einer Höherbewertung der Stelle kommt. Das wird im Anlassfall geprüft.

ROSEGGER: Mit der geplanten Einführung der Fachkarriere im Steirischen Landesdienst wird es zur Ausprägung von Top-Experten kommen: Wie viele dieser Top-Experten gibt es bereits jetzt und wie viele sind in welchen Einsatzbereichen zukünftig geplant? Wie und wo sollen diese Top-Experten hierarchisch verankert werden?

HIRT: Um unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine weitere Perspektive bieten zu können, soll neben der Führungskarriere eine Fachkarriere aufgebaut werden. Ein Modell dazu wird in der Abteilung 5 entwickelt, an den Details wird noch gefeilt.

ROSEGGER: Thema Verwaltungsreform in der Steirischen Landesverwaltung: ist zukünftig auch die Einführung eines bundesweit einheitlichen Aktenplans samt einheitlichem ELAK und Haushaltssystem geplant?

HIRT: Wir sind gerade dabei, den bundesweit einheitlichen Länderstandard des elektronischen Akts – ELAK - zu übernehmen. Mit dem landesweiten Einsatz des ELAK soll eine wesentliche Unterstützung der Abläufe möglich sein. Aber auch hier gilt: Die Umstellung verursacht kurzfristig Aufwand, der Nutzen – inklusive Entlastungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – stellt sich erst nach einer Vorlaufzeit ein.

Bei der Haushaltsreform gibt es eine enge Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium – die Haushaltsrechtsreform des Bundes dient uns ja als Vorlage. Die Steiermark nimmt die Vorreiterrolle ein, ich nehme an, dass wir auch hier einen einheitlichen Standard erreichen können.

ROSEGGER: Thema neue Gesetze – z. B. Jugendschutz-, Veranstaltungs-, Hundeabgabegesetz wurden zunächst

beschlossen, dann aufgrund massiver Widerstände wieder an den „Start“ zurück gepfiffen – warum wurden keine praxiserprobten Verwaltungsprofis mit der Gesetzeskonzeptionierung betraut?

HIRT: Ich würde mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht so hart ins Gericht gehen. Unsere Expertinnen und Experten machen ausgezeichnete Arbeit, da können natürlich auch Fehler oder Mängel auftreten.

Das bringt mich zu einem sehr wichtigen Thema: Die Fehlerkultur. Eine innovative Verwaltung kann es nur geben, wenn auch Fehler gemacht werden dürfen. Fehler hervorstreichen wirkt verängstigend, demotivierend. Heute sind Verwaltungsprofis gefragt, die Entscheidungen treffen und zupacken, auch wenn sie manchmal Fehler machen!

ROSEGGER: Warum wurde z.B. beim Veranstaltungsgesetz nicht schon vor dem Start ein Fachinformationssystem (- für 38 Seiten Formulare!) entwickelt und implementiert?

HIRT: Hunderte Fachinformationssysteme unterstützen unsere tägliche Arbeit. Jedes für sich ist aufwändig und teuer, deshalb muss genau überlegt werden, für welche Aufgaben weitere Systeme aufgebaut werden. Ich nehme ihre Frage gerne als Verbesserungsvorschlag und werde dies prüfen lassen.

ROSEGGER: Informationsübermittlung per Mail ist in einer Zeit von E-Government-Initiativen mit der Einführung z.B. der elektronischen Bezahlung (E-Banking), der elektronischen Zustellung mit der Bürgercard oder des elektronischen Akts Stand der Technik. Diese ökonomischste Art der Datenweitergabe verzichtet fast völlig auf die Verwendung der Umweltressource Papier. Wie stehen sie nun grundsätzlich zum Einsatz des elektronischen Datentransports per E-Mail auch im Bereich der Landespersonalvertretung?

HIRT: Ohne digitale Kommunikation würde der Landesdienst beinahe stillstehen. Täglich drängen tausende von Mails durch das Landesdatennetz, werden gelesen und beantwortet. Aber auch der digitale Datenverkehr braucht klare Regeln, damit wir uns die Arbeit nicht unnötig schwer machen. Und im Rahmen der für alle geltenden Regeln kann man mit mir über alles reden.

Das Team des ALF wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen wunderschönen und erholsamen Urlaub!

